

Weltfrieden durch Weltkrieg

Konstanten und Variablen der US-amerikanischen Globalpolitik

Von Dirk Bavendamm



Bei der Ausarbeitung dieses Essays mußte ich unwillkürlich an einen Vortrag denken, den ich unter fast der gleichen Überschrift vor einem Vierteljahrhundert am Institut für Europäische Geschichte der Universität Mainz gehalten habe. Es war ein glühend heißer Sommertag des Jahres 1982, als ich über den Druck und die Drohungen referierte, mit denen die Vereinigten Staaten von Amerika unter ihrem damaligen Präsidenten Roosevelt 1937/38 eine eventuell mögliche Verständigung zwischen dem England Chamberlains und dem Deutschland Hitlers hintertrieben haben. Nie werde ich das lähmende Entsetzen vergessen, das sich unter meinen Zuhörern ausbreitete. Nur der bekannte Zeithistoriker, Professor Andreas Hillgruber aus Köln, machte sich weiter aufgeregt Notizen.

Am nächsten Tag wurde ich vom Institutsleiter, Professor Otmar von Arentin, zu einem Gespräch unter vier Augen gebeten. Er machte mir auch im Namen Hillgrubers unmißverständlich klar, daß sein Institut im Zusammenhang mit meinem Buch „Roosevelts Weg zum Krieg“, das kurz darauf erschien, nicht genannt werden wollte. Arentin und Hillgruber schämten sich offenbar, daß sie mir Forschungsmittel für ein Buch über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges bewilligt hatten, das so offensichtlich der allgemeingültigen Lehre von der Alleinschuld Hitlers am Zweiten Weltkrieg widersprach,

Was war an meinen Ausführungen so anstößig, daß mich zwei angesehene deutsche Universitätsprofessoren baten, doch um Himmelswillen Vernunft anzunehmen und meine Ausführungen etwas abzumildern – dazu noch mit der merkwürdigen Begründung, ich würde der deutschen Zeitgeschichtsschreibung dadurch einen Dienst erweisen? Was machte sie so zaghaft und verschämt? Hatte ich nicht alle meine Aussagen sauber durch Quellen belegt? Den einen Grund für den Widerstand der beiden Professoren habe ich schon genannt: Mein Buch durchbrach ein Tabu, und damit wollten sie öffentlich nichts zu tun haben. Diesen Grund könnte man auch Feigheit nennen und auf einen Mangel an Charakterfestigkeit zurückführen. Aber ich glaube nicht, daß ich Arentin und Hillgruber mit einem solchen Urteil gerecht werden würde. Immerhin handelte es sich bei den beiden Herren – Hillgruber ist vor einigen Jahren verstorben – um zwei namhafte und in Ehren ergraute Gelehrte, so daß ich annehme, daß sie für ihre Bedenken auch sachliche Gründe hatten. Vor allem Hillgruber hatte sich in seinen Büchern über Hitler und den Zweiten Weltkrieg immer wieder, wenn auch nur am Rande, mit den USA befaßt und war dabei zum Teil zu abweichenden Einschätzungen gekommen.

Aber noch wichtiger als sachliche Differenzen unter Fachleuten war meines Erachtens etwas ganz anderes – nämlich die Normierung unseres Denkens, Meinens und Sagens durch das vermeintliche Vorbild USA. Um es in den Worten Bruno Bandulets zu sagen: „Die USA spielten seit ihrem Sieg von 1945 die Rolle des Über-Ichs, sie waren zuständig für Kontrolle und Orientierung der deutschen

Persönlichkeit, sie wurden damit auch zu einer Quelle von Minderwertigkeitskomplexen und Selbstbestrafungstendenzen.“ Während deutsche Historiker damals noch voll im Banne dieser normsetzenden Kraft standen und die historischen Fakten fast ausnahmslos in deren Licht sahen, hatte ich mich, aufgeschreckt von der Reagan-Revolution, der US-amerikanischen Nachrüstung und der Gefahr eines neuen Weltkrieges sowie bestätigt von meinen Funden in Archiven und Akten, schon ein wenig von ihr emanzipiert.

Wenn ich an jenen Vortrag vor 25 Jahren zurückdenke, frage ich mich, wie die beiden Professoren wohl heute auf meine Ausführungen reagieren würden. Vielleicht würden sie mir, was Präsident Roosevelt angeht, in dem einen oder anderen Punkt recht geben. Immerhin liegen ein paar Jahrzehnte hinter uns, in denen wir die US-amerikanisch Globalpolitik nicht nur in der Theorie, also vom Schreibtisch des Historikers aus, sondern auch in der politischen Wirklichkeit studieren konnten. Wir sehen Verbindungslinien, Zusammenhänge und Kontinuitäten, die sich vielen von uns in der Zeit des Kalten Krieges, als die zweigeteilte Welt erstarrt wie unter einer Eisglocke lag, noch nicht erschlossen haben. Die Kritik an den USA, insbesondere an ihrem derzeitigen Präsidenten Bush, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Aber trotz aller Proteste gegen die Kriege am Persischen Golf und im Kosovo, die ohne die Bereitschaft Washingtons zur militärischen Intervention nicht zustande gekommen wären, sind meine Thesen über die ausschlaggebende Verwicklung der Vereinigten Staaten in die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges noch nicht überall durchgedrungen. Zunehmend wider besseres Wissen wird das Bild, das die Welt von den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat, nach wie vor von der normativen Kraft Amerikas in Schach gehalten. Diese Kraft ist nach wie vor so groß, daß sie sich zu definieren anmaßt, wer oder was in der Welt als „gut“ und „böse“, als „Freund“ und „Feind“ sowie als „Krieg“ und „Frieden“ zu verstehen ist.

Die normative Kraft Amerikas gliedert sich in benennbare Kräfte, die nicht nur an der globalen Ausbreitung von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft, sondern auch an der Aufrechterhaltung bestimmter Geschichtsbilder interessiert sind. Ihre Tragik besteht jedoch darin, daß sie neuerdings offenbar zuviel auf einmal wollen. Auf der einen Seite halten diese Kräfte eisern an einem bestimmten Bild vom Zweiten Weltkrieg fest - mit Hitler und dem Holocaust als Dreh- und Angelpunkt – und auf der anderen Seite tun sie alles, um die Vereinigten Staaten von jenem moralischen Sockel zu stoßen, von dem aus sie ihre Definitionsmacht bisher ausgeübt haben. Diese Entwicklung ist deshalb tragisch, weil diese Kräfte auf die Dauer nicht beides zugleich haben können. Sie können auf die Dauer nicht einerseits Hitler, die Nazis und Deutschland für alles Übel in der Welt vor sechzig oder siebzig Jahren verantwortlich machen und andererseits heute und in Zukunft offen und sogar mit dem Unterton mutwilliger Befriedigung verkünden: „Kreative Zerstörung ist uns in die Wiege gelegt, und zwar sowohl innerhalb unserer Gesellschaft als auch im Ausland. Wir zerschmettern die alte Ordnung tagtäglich, vom Geschäftswesen über Wissenschaft, Literatur, Kunst, Architektur, Kino bis hin zu Politik und Recht.“ So der neokonservative Michael Ledeen, einst Mitarbeiter des Washingtoner Pentagons, der sein weltpolitisches Konzept mit den Worten auf den ergreifend schlichten Punkt brachte: „Ungefähr alle zehn Jahre müssen die Vereinigten Staaten irgendein beschissenes kleines Land beim Schopf packen und es gegen die Wand schmeißen,

nur um zu zeigen, daß wir es ernst meinen.“ Kurzum, dieselben Kräfte können nicht gleichzeitig Opfer und Täter sein, ohne ihr Gesicht zu verlieren.

Für diese Kräfte hat sich neuerdings der Begriff der „Neokonservativen“ eingebürgert, kurz „neocons“ genannt. Diesen Begriff hat man wahrscheinlich nur deshalb gewählt, weil er die kontradiktorischen Begriffe „konservativ“ und „neo“ oder „neu“ zu einem Unwort zusammenschweißt, unter dem man sich alles und nichts vorstellen kann. Tatsächlich stammt das Wort aus der Giftküche öffentlicher Irreführung, weil die sog. „Neokonservativen,“ wie das soeben wiedergegebene Zitat zeigt, alles andere als konservativ sind. Um zu demonstrieren, daß sie sich durchaus auf der Höhe der Zeit befinden, stufen sie sich zum Teil auch als „Neue Realisten“ ein. Viele von ihnen scheinen der jüdischen Minderheit in den USA anzugehören.

Ausgerechnet in der *Jungen Freiheit*, die beim Verfassungsschutz unter dem Verdacht rechtsradikaler Umtriebe steht, bemühte sich der israelische Militärgeschichtler Martin von Crefeld dagegen um den Nachweis, daß US-amerikanische Juden bei den Neokonservativen nicht den Ton angeben. Er benutzte das sonderbar wirkende Bild vom Pekinesen, der nicht die Kraft habe, einen Elefanten „über eine Klippe (zu) schubsen.“ Abgesehen davon, daß es im Hinblick auf die Ereignisse der letzten beiden Jahre zutreffender wäre, Amerika mit einem Stier zu vergleichen, der zum Kampf aufgereizt wurde, frage man sich, welche „Klippe“ Crefeld wohl meint. Offensichtlich teilt er die weit verbreitete Ansicht, daß die USA mit dem hauptsächlich durch die Neokonservativen herbeigeführten Entschluß des Präsidenten George W. Bush, ihre globalen Interessen imperial, d.h. ohne Rücksicht auf die Souveränität anderer Staaten zu vertreten, die Vereinten Nationen brutal beiseite zu schieben und das völkerrechtliche Friedensgebot durch Lug und Trug in ein Recht umzuwandeln, gegen sogenannte „Schurkenstaaten“ jederzeit, überall und mit allen Mitteln, einschließlich Atombomben, Präventivkriege zu führen, eine kritische Schwelle überschritten haben.

Im Ernst kann freilich niemand bestreiten, daß der Anteil jüdischer Intellektueller, Pentagon-Mitarbeiter und Regierungs-Berater an den sogenannten Neokonservativen auffallend hoch ist und daß die Politik, welche die Bush-Administration im weltpolitischen Krisenbogen vom Balkan bis Zentralasien betreibt, in auffälliger Art und Weise mit den sicherheitspolitischen und geostrategischen Interessen Israels übereinstimmt – jedenfalls in der Art und Weise, wie diese zur Zeit von Ministerpräsident Scharon und dessen rechtsextremistischer Regierungskoalition definiert werden. Wie es scheint, hat diese *pressure group* in den vergangenen zehn Jahren beharrlich und parallel zur israelischen Entwicklung, die von Netanjahu über Barak zu Scharon und zum asymmetrischen Krieg einer hochgerüsteten Militärmacht gegen das mit Ausnahme von Selbstmordattentätern wehrlose Volk von Palästina führte, zielstrebig an ihrem Marsch in das Zentrum der US-amerikanischen Macht gearbeitet, und sie hat ihr Ziel in der entscheidenden, aber nur kurzen Zeitspanne, die zwischen der Wahl des Präsidenten und der Besetzung strategisch wichtiger Funktionen in seiner Administration zu vergehen pflegt, offenbar auch mit großem Erfolg erreicht. Der starke Einfluß wichtiger Einzelpersonen wie Richard Pearle, Paul Wolfowitz und Douglas Feith, Denkfabriken wie das *Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA)* und Medien wie die Zeitschrift *Commentary* - Herausgeber ist das *American Jewish Committee* –werfen für Bush-Kritiker wie den früheren Präsidentschaftskandidaten und jetzigen Publizisten Pat Buchanan jedenfalls die

Frage auf, ob die US-amerikanische Globalpolitik noch dem wohlverstandenen nationalen Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika oder dem Israels folgt.

Selbst für die US-amerikanische Politik, die ihre Ämter weniger nach Befähigung und Ansehen als vielmehr nach dem Maß der Unterstützung vergibt, das Politiker von mächtigen Einzelpersonen und einflußreichen Gruppierungen in den kostenaufwendigen Wahlkämpfen des Landes erhalten haben, ist der Machtzuwachs dieser Gruppierung ungewöhnlich. Man wird weit in die Geschichte der USA, nämlich bis zur Präsidentschaft Franklin Delano Roosevelts in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, zurückgehen müssen, um eine Parallele zu finden. Damals wurde die Machtübernahme durch die zum Teil jüdischen *New-Deal*-Ideologen von vielen US-Amerikanern als ähnlich revolutionär empfunden. Der Machtwechsel des Jahres 2000 fiel jedoch deshalb besonders dramatisch aus, weil George W. Bush die Präsidentenwahl – im Gegensatz zu Roosevelt - bekanntlich nur mit einer Minderheit von Urwählerstimmen gewonnen hat. So wird Weltpolitik in Washington zur Zeit von einem Präsidenten betrieben, für den nur eine Minderheit seines Volkes stimmte, und ihr Konzept wurde dazu noch von einer Minderheit dieser Minderheit formuliert. Denn bis zum 11. September 2001 waren nicht einmal alle Republikaner mit den Neokonservativen einverstanden gewesen.

Ideologisch und politisch gesehen, bestehen die Neokonservativen, wie der US-amerikanische Publizist Pat Buchanan dargelegt hat, einerseits „aus ehemaligen Liberalen, Sozialisten und Trotzlisten, (sowie) Flüchtlingen der George McGovern-Revolution,“ d.h. jenen Anhängern der Demokratischen Partei, die vor Jahr und Tag Reißaus vor den linksliberalen Ansichten des am Ende glücklosen Präsidentschaftskandidaten McGovern genommen haben. Andererseits zählt Buchanan zu den Neokonservativen aber auch „die radikale zionistische Rechte ... Sie stellt ein relativ neues Phänomen dar, das erstmals in den späten 1970ern und 1980ern in Erscheinung trat, als viele ehemals demokratische jüdische Intellektuelle sich dem breiten Spektrum der Reagan-Koalition anschlossen,“ wie der US-amerikanische Publizist Michael Lind schreibt. Das ideologisch-politische Profil der Neokonservativen stimmt damit einerseits in bemerkenswerter Art und Weise mit dem jener Demokraten überein, die 1933 mit Roosevelt an die Macht kamen. Andererseits haben die Neocons aber auch mit republikanischen Präsidenten wie Harry Truman und Ronald Reagan ihren Frieden gemacht. Bekanntlich hat letzterer die Sowjetunion zu Tode gerüstet und das kommunistische Herrschaftssystem dadurch zu Fall gebracht.

So ist es den Neokonservativen in den ersten Amtsjahren der Bush-Administration gelungen, sowohl ihre liberal-demokratische Minderheitsposition innerhalb der Republikanischen Partei mehrheitsfähig zu machen, als auch den gegenwärtigen republikanischen Präsidenten in einen liberal-demokratischen Internationalisten zu verwandeln, der ebenso wie einst Roosevelt nicht vor militärischen Interventionen zurückscheut. Das ist gerade bei einem Politiker wie George W. Bush erstaunlich, der vor seinem Amtsantritt keinerlei außenpolitische Erfahrungen gesammelt hatte und der als Texaner – im Gegensatz zu Ostküsten-Politikern wie Roosevelt von Natur aus eher für eine neo-isolationistische Grundhaltung anfällig war. In diesem Transformationsprozeß spielte der 11. September natürlich die entscheidende Rolle. Er führte in der Entwicklung Amerikas von einer in sich ruhenden, multilateral orientierten und überwiegend auf Sicherung des status quo bedachten Hegemonialmacht zu einem aggressiven, expansionistischen und nur noch um sich

selbst kreisenden Weltreich die Peripetie herbei – jenen grundlegenden Umschwung der Gefühle und Sichtweisen, der den politischen Konzepten und Strategien der Neokonservativen den nötigen massenpsychologischen Rückhalt verschafft hat. Denn ohne die beiden qualmend in sich zusammensinkenden Wolkenkratzer New Yorks, ohne den blutrünstigen Ruf nach Rache und Gewalt und ohne jene nur schwer erträgliche Überheblichkeit gegenüber dem Islam, der Amerika daran hindert, sich selbstkritisch zu fragen, warum es soviel Ablehnung und Haß in der arabischen Welt provoziert, wäre dieses Land schwerlich in die Kriege gegen Afghanistan und den Irak gezogen.

Über den 11. September und seine wahren oder nichtwahren Hintergründe ist schon so viel geschrieben, gesagt und gesendet worden, daß man in Kürze darauf nicht eingehen kann. Aber das hindert niemanden daran, sich über die wohlkalkulierten Folgen Gedanken zu machen. Die dramatischen Bilder liefen immer und immer wieder um die Welt, um jenes Maß an Mitgefühl zu erregen, das Präsident Bush brauchte, um sein eigenes Land und den Rest der Welt davon zu überzeugen, daß der „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“ nicht nur ein notwendiger, sondern auch ein gerechter Krieg sei. Doch sind Vorgeschichte und Hintergründe des Ereignisses trotz aller massenmedialer Beeinflussung bis heute heftig umstritten geblieben.

Unstrittig ist nur, was die Manipulateure der öffentlichen Meinung bezweckt haben: Das von ihnen verbreitete Bild sollte ein zweites Pearl Harbor suggerieren – einen heimtückischen Anschlag auf die Nation, die diesmal freilich nicht von Soldaten, sondern von den Mitarbeitern des *Financial District* repräsentiert wurde. Auf diese Art und Weise wurde der Anschlag vom 11. September 2001 - wie schon der Angriff der Japaner vom 7. Dezember 1941 – einer aggressiven Politik propagandistisch dienstbar gemacht, für die Krieg, wie wir inzwischen wissen, schon lange vorher eine feste Option gewesen war. Nur sollte der eigentlich intendierte Angriffskrieg in beiden Fällen durch bis dahin unvorstellbare Ereignisse im Weltbewußtsein zu Verteidigungskriegen umfunktioniert werden. Diese raffinierte Methode der Irreführung hatte Roosevelt bekanntlich einst auf die griffige Formel „Krieg haben, ohne ihn zu machen“ gebracht.

Fassen wir das bisher Gesagte zusammen: Die inner- und außerramerikanische Lage zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist keineswegs so neu, wie uns zunächst weisgemacht wurde, um sie mit der des 20. Jahrhunderts unvergleichbar zu machen – sie findet gewisse Entsprechungen in den Entwicklungen und Ereignissen vor sechzig bis siebzig Jahren. Und in der Tat - auch die Neigung der USA, sich durch militärische Einsätze weltweit Geltung zu verschaffen, ist keineswegs so neu, wie es unserem historischen Kurzzeitgedächtnis erscheinen mag. In diesem Zusammenhang sollte man auch daran erinnern, daß die Börse an der New Yorker Wallstreet nur zweimal drei Jahre lang hintereinander im Minus gewesen ist – vor Beginn des Zweiten und vor Beginn des Vierten Weltkrieges.

Dazwischen lagen fast fünfzig Jahre, die als „Dritten Weltkrieg“ zu charakterisieren nicht ganz leicht fällt, weil uns ja eine militärische Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion glücklicherweise erspart geblieben ist. Den Zeitraum von 1945 bis 1990 bezeichnet man daher üblicherweise auch als „Kalten Krieg.“

In den übrigen rund 175 Jahren ihrer Geschichte aber haben die USA immer wieder gern und herzlich und im Vollgefühl ihrer normativen Kraft „heißen Krieg“ geführt, ohne vor dem Einsatz grober und größter Mittel zurückzuschrecken. Man denke nur an den Abwurf der beiden Atombomben über Hiroshima und Nagasaki, meines Erachtens ein bisher ungesühntes Menschheitsverbrechen, mit dem die USA erstmals ihr neuerdings wieder aktuelles Konzept von „shock and awe“ praktizierten. Jeder dieser Kriege war angeblich nötig, um alle Kriege ein für allemal zu beenden, das heißt den Weltfrieden herbeizuführen, wie es erstmals Präsident Wilson während des Ersten Weltkrieges verhiess. Dabei hat diese fixe Idee offensichtlich eher zu einer erhöhten Anzahl von Kriegen geführt. Denn allein für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mindestens 16 militärische Interventionen und Konflikte gezählt, an denen die USA in der einen oder anderen Art und Weise maßgeblich beteiligt waren.

Obwohl die US-amerikanischen Kriege im Laufe der Zeit ihre geographische Richtung und die von ihnen eingesetzten Mittel verändert haben, ist ihre doppelmoralische Zweckbestimmung immer die gleiche geblieben. Denn alle diese Kriege haben sowohl den nackten Interessen der USA, als auch immer auf's Neue der Beschwörung von Menschheitsidealen wie Freiheit und Demokratie gedient. Von ihrer Gründung im Jahre 1776 bis etwa zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts expandierten die USA, von Washington aus gesehen, zunächst vorzugsweise nach Westen. Dabei verwickelten sie jene europäischen Mächte in Kriege, die Besitzungen auf dem nord- und mittelamerikanischen Halbkontinent hatten, beginnend mit dem Unabhängigkeitskrieg gegen Großbritannien und endend mit dem Krieg gegen Spanien, der 1898 begann und noch im gleichen Jahr mit dem Frieden von Paris zu Ende ging.

Mit dem Ersten Weltkrieg, den die Entente nur mit massiver US-amerikanischer Unterstützung gegen die Mittelmächte gewinnen konnte, änderte sich die geographische Richtung insofern, als daß sich die USA nun, wenn auch zunächst eher indirekt, Richtung Osten ausdehnten und erstmals auf dem europäischen Kontinent Fuß faßten. Bekanntlich hat Washington dem Deutschen Reich und den mit diesem verbündeten Mächten 1917 den Krieg erklärt. Es folgte eine Periode von ungefähr dreißig Jahren, in denen die USA militärisch gleichzeitig nach Osten und nach Westen vordrangen – einerseits gegen Deutschland und Italien, andererseits gegen Japan, die sogenannten Achsenmächte.

Nachdem sie West- und Mitteleuropa 1945 einigermaßen unter Kontrolle hatten, wandten sich die USA bekanntlich der Sowjetunion zu, ihrem früheren Alliierten, dem sie zuvor auf den interalliierten Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam leichtsinnigerweise Osteuropa überlassen hatten. Anstatt erneut in den Krieg zu ziehen, beschränkte sich Washington diesmal, einem Rat des außenpolitischen Experten George F. Kennan folgend, zwar auf das sog. „containment“, also auf eine Strategie der Eindämmung, angeblich um ein Übergreifen des Sowjetkommunismus auf Westeuropa zu verhindern. Bei einem offensiveren Vorgehen hätten sie sich in dem inzwischen angebrochenen Atomzeitalter selbst der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt.

Diese Zurückhaltung ändert aber nichts daran, daß das defensive *containment* einen durchaus militärisch harten Kern besaß. Denn es bestand aus einer Kette von Militärbündnissen, das die kommunistischen Gegenmächte Rußland und China einhegen sollte, und aus einem für die ganze bisherige US-amerikanische

Geschichte beispiellosen Dauer-Aufmarsch von Soldaten und Waffen, zum größten Teil tausende Kilometer von ihrer Heimat entfernt, die jederzeit überall intervenieren konnten. Mindestens zweimal, nämlich 1950 in Korea und ab Ende der sechziger Jahre in Vietnam, schlug jedoch auch dieser „Kalte Krieg“ in heiße Kriege um, an denen die USA unmittelbar selbst als kriegführende Macht beteiligt waren. Damals gingen sie militärisch gegen kommunistische Randstaaten des chinesischen Einflußbereiches vor. Dabei verloren die Amerikaner den Vietnamkrieg eigentlich nur deshalb, weil die eigene Heimatfront auf die Dauer jenen Blutzoll nicht ertrug, den ein aus der Luft und von See nicht gewinnbarer und daher zwangsweise im großen Stil geführter Landkrieg gegen ein Entwicklungsland auf der indochinesischen Halbinsel gefordert hat.

In Korea beschränkten sich die USA - ebenso wie vorher in Deutschland bekanntlich darauf, nur bis zu einer bestimmten geostrategischen Grenze vorzudringen. Das heißt, um der Gefahr eines Zusammenstoßes mit einer größeren Macht aus dem Wege zu gehen, nahmen sie die Teilung von Ländern in Kauf, gegen die bzw. in denen sie vorher Krieg geführt hatten. Dagegen war Vietnam nach dem ersten indochinesischen Krieg, den die Franzosen verloren hatten, bereits geteilt und wurde nach dem Abzug der Amerikaner wieder vereinigt. Die Idee, Länder mit der jeweils antagonistischen Macht zu teilen, der sie gegenüberstanden, war Ausdruck einer Mäßigung, die sich die USA am Ende ihrer Kriege bis vor kurzem häufig auferlegt haben. Man definierte sich ja als nicht-imperialistische Macht. Das heißt, im Gegensatz zu den europäischen Kolonialmächten früherer Zeiten war man an keinem Landerwerb interessiert.

Man hatte Krieg geführt, man hatte in den eroberten Landesteilen eine Regierung eingesetzt, die amerikafreundlich war, und man zog sich wieder zurück, freilich nicht ohne dem jeweiligen Teilstaat die Pflicht aufzuerlegen, einem Bündnis mit den USA beizutreten, die Stationierung US-amerikanischer Truppen zu akzeptieren und den *American way of life* als Lebensform zu übernehmen. Eingerahmt und unterstützt von regionalen Bündnissen, hat die US-amerikanische Globalpolitik so in den vergangenen sechzig, siebenzig Jahren eigentlich recht gut funktioniert, d.h. im Schutze ihrer Fähigkeit, von jedermann und jeder Frau nachvollziehbare Normen für das eigene Verhalten und für das Verhalten anderer im internationalen Kontext zu setzen, stieß die US-Globalpolitik nirgends auf unüberwindlichen Widerstand. Schließlich aber setzte sich das überlebensfähigere System - mit Ausnahme Chinas, Nordkoreas und Kubas – vor nicht einmal zwei Jahrzehnten auch in den kommunistischen Staaten des Ostblocks durch, die sich einst vor dem „Klassenfeind“ abgeschottet hatten.

Auch im Falle Palästinas hatten sich die USA 1947 auf eine Teilung des Landes eingelassen. Es ist hier nicht der Platz, die Gründungsgeschichte des Staates Israel zu erzählen. Aber es steht außer Frage, daß es nie zu dieser Staatsgründung in einer Region gekommen wäre, die damals noch zu etwa 90 Prozent den Palästinensern gehörte, wenn es die Vereinigten Staaten und deren jüdischer Minderheit nicht ebenso wie die Zionisten in aller Welt gewollt hätten. Damals wurden die Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben. Wie wir alle wissen, führte diese Tatsache in den folgenden Jahren und Jahrzehnten zu einer ununterbrochenen Kette von Spannungen, Terrorismus und Krieg.

Dadurch gerieten die USA in einen Teufelskreis, den sie schließlich durch Verhandlungen zwischen Arabern und Israelis zu durchbrechen versuchten. Wie die Verhältnisse in Washington nun einmal liegen, saß bei diesen Verhandlungen jedoch meistens ein Araber einem Israeli und einem US-amerikanischen Juden gegenüber, weil sich die USA meistens durch Angehörige ihrer jüdischen Minderheit vertreten ließen, sofern der US-amerikanische Außenminister wie z.B. Henry Kissinger und Madeleine Albright nicht sogar selbst jener Minderheit angehörte. Das heißt die Verhandlungen wurden meistens im Verhältnis 1:2 geführt, mit dem Ergebnis, daß sie zu nichts führten. Welche Rolle in diesem Zusammenhang die Clinton-Lewinsky-Affäre und das nur mit Mühe abgewendete *impeachment*-Verfahren spielten, ist bis heute ungeklärt.

Insgesamt kann man wohl mit einigem Recht sagen, daß die USA noch zu Beginn der neunziger Jahre an dem von ihnen selbst mit eingeleiteten Oslo-Friedensprozeß interessiert waren und eine Lösung des palästinensisch-israelischen Dauerkonflikts auf dem Verhandlungswege anstrebten, um den Teufelskreis aus Treue zu Israel und Widerwillen gegen die ständige Mißachtung der UN-Resolutionen durch Israel zu durchbrechen, der ihrem Image als multilateral orientierter Friedensmacht je länger desto mehr Abbruch tat. Diese Kompromißbereitschaft lag in der Logik des Friedens von Camp David, den der ägyptische Präsident Sadat und der israelische Premierminister Begin ein paar Jahre vorher unter der Regie des Präsidenten Carter geschlossen hatten. Wenn Präsident Bush senior am Ende des ersten Golfkrieges darauf verzichtete, in Bagdad einzumarschieren und Saddam Hussein zu stürzen, dann zwar sicher in erster Linie deshalb, weil ihn die damalige UN-Resolution nicht dazu ermächtigt hätte. Immerhin blieb aber so auch der arabischen Seite eine Demütigung erspart.

Doch dann entwickelten sich die Dinge sowohl auf arabischer, als auch auf israelischer und US-amerikanischer Seite anders. Die Konfliktparteien des Nahen Osten verbissen sich durch die erste Intifada der Palästinenser und den Militärterror der Israelis immer mehr ineinander. In Israel kam es zu einer innenpolitischen Radikalisierung nach rechts, an deren Beginn die Ermordung des verständigungsbereiten Ministerpräsidenten Rabin und an dessen Ende die Wahl Scharons zum Ministerpräsidenten standen. Nach der Ermordung Rabins begann auch in den USA der Aufstieg jener Kräfte, die Arnaud de-Borchgrave von der *Washington Post* einmal als „Washingtons Likudniks“ bezeichnet hat – in Anspielung an jenen Block rechtsradikaler und religiös-fundamentalistischer Parteien, die inzwischen in Israel zur führenden politischen Kraft geworden sind. Diese sogenannten Neokonservativen, darin sind sich fast alle Beobachter einig, wollen ein US-amerikanisches Weltreich, so wie Sharon und der Likud-Block ein imperiales Großisrael im Nahen Osten anstreben.

Denn das eine ist die Voraussetzung für das andere. Tatsächlich können sich die USA solange kaum Hoffnung auf ein dauerhaftes Weltimperium machen, wie sie den Nahen und Mittleren Osten nicht unter ihrer Kontrolle haben – mit Israel als ihrem wichtigsten Verbündeten in der Region. Denn der Orient - um zur Abwechslung einmal diesen alten Begriff zu gebrauchen, vor hundert Jahren und mehr ein Schlüsselwort europäischer Machtpolitik – ist der entscheidende Trittstein auf dem langen und steinigen Weg nach ganz oben – in eine global-imperiale Stellung noch über Rußland und China hinaus. Der Orient ist nicht nur seit alters her die geostrategische Drehscheibe zwischen Europa, Afrika und Asien, zwischen dem

atlantischen Ozean und seinem mediterranen Nebenmeer einerseits und dem Stillen Ozean andererseits, zwischen Neuer und Alter Welt. Hier liegen auch die größten Ölreserven der Erde. Und wer den Raum zwischen Mittelmeer und Himalaya beherrscht, kann sich Hoffnung machen, eines Tages auch Rußland und China zu beherrschen.

Der Zeitpunkt, diesen großen Wurf zu wagen, ist aus US-amerikanischer und israelischer Sicht gut gewählt. Denn noch liegt Rußland schwer darnieder – es hat sich vom Zusammenbruch des Sowjetkommunismus kaum erholt und wird noch Jahrzehnte brauchen, bis es wieder zu sich selbst gefunden hat. Und China ist eine Welt für sich, die bisher – außer in den unrechtmäßig einverleibten tibetischen Provinzen und außer dem abtrünnigen Taiwan gegenüber – kaum nach außen gerichtete Aktivitäten zeigt. Es ist bis auf weiteres überwiegend mit sich selbst beschäftigt. Beide Mächte haben auf Jahre hinaus kaum die Möglichkeit, dem US-amerikanischen Machtanspruch wirkungsvoll und d.h. letzten Endes auch militärisch mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten. Dafür sind sie noch zu schwach.

Durch seine Siedlungstätigkeit in den seit 1967 völkerrechtswidrig besetzten Gebieten, durch die brutale Zerstörung von Verwaltung und Infrastruktur der sogenannten Autonomiegebiete und durch die gewaltsame Entmachtung seines alten Gegenspielers Arafat arbeitete Israel den Neokonservativen an der US-amerikanischen Ostküste soweit zu, daß Bush die militärischen Interventionen in Afghanistan und Irak wagen konnte. Denn nachdem keine UN-Resolution und kein Einspruch der EU Sharon hatte stoppen können, schien der US-Präsident allen Ernstes zu glauben, daß die sogenannte Weltgemeinschaft seinen großen Wurf ebenfalls schlucken würde. Tatsächlich hatte die israelische Armee mit der präventiven Liquidation palästinensischer Partisanenführer, der häufig genug die Einebnung ganzer Häuser, Straßenzüge und Dörfer folgte, mit der Zerschlagung der Autonomieverwaltung und der Entmachtung Arafats in kleinerem Maßstab vorexerziert, was künftig die US-Army laut Bush-Doktrin im Weltmaßstab leisten soll – die Enthauptung politisch und/oder wirtschaftlich unliebsamer Länder, die unter dem US-amerikanischen Bombenhagel wie unter einem Gewitterregen leiden müssen, wenn ihre Regierungen nicht rechtzeitig genug die Einsicht haben, freiwillig abzutreten. Und vergessen wir nicht: Mit Osama bin Laden und Saddam-Hussein waren gerade zwei schlimme „Schurken“ zur Hand, die sich, was immer Bush und Washington vorher mit ihnen zu tun hatten, nach dem 11. September exzellent als Weltfeinde verkaufen ließen.

Wahrscheinlich bildeten schon die Balkankriege der neunziger Jahre den Auftakt für jenes welthistorische Stück, das gegenwärtig zwischen den Bergen des Libanon und dem Hindukusch aufgeführt wird. Denn der Balkan ist die Vorstufe zum Orient. Eine Hinnahme der dort herrschenden Unruhe bei gleichzeitiger Ungewißheit darüber, wie sich die Europäische Union, Rußland und die Türkei dazu stellen würden, hätte eine diplomatische, unter Umständen sogar militärische Flankenbedrohung der weitausholenden US-amerikanisch-israelischen Operation bedeutet. Deshalb wurden die drei balkanischen Hauptkontrahenten Serbien, Kroatien und Albanien erst einmal zur Räson gebracht.

Die Art und Weise, wie die USA von einer Verhandlungslösung mit Milosevic auf einen Krieg gegen Milosevic umschalteten, zeigt übrigens ein altbekanntes Muster, das in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegenüber

Deutschland und Japan, in den frühen neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegenüber Saddam Hussein sowie in den letzten Wochen und Monaten auch gegenüber den Vereinten Nationen zum Zuge kam. Nachdem sie diesen antagonistischen Mächten und Machthabern eine zeitlang wohlwollend zugeschaut, mit ihnen informell zusammengearbeitet und zum Teil sogar offiziell verhandelt hatten, beschlossen die Verantwortlichen in Washington von einem Tag zum anderen, das diplomatische Gleis stillzulegen oder so hohe Forderungen zu erheben, daß die Gegenseite einer Verhandlungslösung nicht mehr zustimmen konnte, ohne das Gesicht zu verlieren. Dafür zwei Beispiele.

So behauptet der Historiker John Lukacs, Präsident Roosevelt habe „Ende Dezember 1938 beschlossen, gegen Hitler vorzugehen“, allerdings „in der Öffentlichkeit wenig oder nichts über seinen Kurswechsel“ gesagt. Unter diesen Umständen hatten Verhandlungen über eine wenigstens einigermaßen menschenwürdige Lösung der sogenannten Judenfrage, zu welcher der Präsident der *Bank of England* in den ersten Tagen des Jahres 1939, also nach der Reichspogromnacht, im Einvernehmen mit Chamberlain nach Deutschland reiste, keine Aussicht mehr auf Erfolg. Schlimmer noch: Hitler führte die nunmehr „feindselige Haltung Amerikas gegenüber dem Dritten Reich“ (Lukacs) auf jüdischen Einfluß zurück. Die Folge war seine unheilvolle Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, in der er für den Fall eines Krieges „die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ angedroht hat, und so ist es ja nachher leider auch gekommen.

Das, was sich sechzig Jahre später, am Vorabend des Kosovo-Krieges, auf Schloß Rambouillet bei Paris abspielte, wurde zwar von Historikern noch nicht untersucht, weil die Akten mindestens dreißig Jahre lang unter Verschuß sein werden. Doch soll Frau Albright dem serbischen Diktator plötzlich zugemutet haben, sein Staatsgebiet für die NATO zur Besetzung freizugeben. Als Milosevic dieser Forderung nicht zustimmte, wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Die Folge davon war die sogenannte „ethnische Säuberung“ des Kosovo, die Brandmarkung des serbischen Diktators als Weltfeind Nr. 1 und der anschließende Krieg, bei dem die NATO-Verbündeten unter US-amerikanischer Führung erstmals nicht nur *out of area* agierten, sondern auch erstmals ohne Mandat der UNO zu den Waffen griffen – angeblich um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden, die dadurch nur noch schlimmer wurde.

Beide Beispiele zeigen, daß die US-amerikanische Methode, das diplomatische Gleis nach eigenem gusto einfach still zu legen, nicht nur keinen Krieg verhindert, sondern das drohende Übel noch verschärft, das sie angeblich abwehren wollte. Es ist infolgedessen mehr als fraglich, ob es Amerika so gelingt, das Glück der Menschen auf dieser Erde herbeizuführen. Vielleicht sollte man in Washington einmal gründlich über diese Methode nachdenken, anstatt sie immer wieder anzuwenden.

Es ist auch kein Zufall, daß Präsident Bush gegenüber einigen antagonistischen Mächten im vorderen und mittleren Orient von einer „Achse des Bösen“ gesprochen hat. Der Begriff der Achse ist durch die alliierte Propaganda seit den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts weltweit pejorativ besetzt – er soll jedermann an Hitler und die damaligen japanischen Machthaber erinnern, die miteinander verbündet waren und die heute noch – zumindest aus US-amerikanischer und jüdischer Sicht - als Ausgeburten der Hölle gelten, als Inbegriff des Bösen in der Geschichte schlechthin.

Auch wenn sich US-amerikanische Präsidenten des Begriffs der „Achse“ bedienen oder – wie Reagan einst gegenüber der Sowjetunion – Formulierungen wie „das Reich des Bösen“ verwenden, dann wollen sie in der Weltöffentlichkeit durch Rückgriff auf die Geschichte negative Assoziationen gegenüber ihren Antipoden von heute wecken und sich eine entsprechend massenpsychologisch konditionierte Gefolgschaft verschaffen. Ihre Wortwahl zeigt, daß sich die seit Jahren und Jahrzehnten praktizierte Geschichtspolitik der Alliierten jederzeit für die US-amerikanische Globalstrategie instrumentalisieren läßt. Diese Tatsache sollte uns gegenüber einer Zeitgeschichtsschreibung, die diese Zusammenhänge nicht erkennt oder nicht erkennen will, mehr als vorsichtig machen.

Mit ihren Kriegen gegen Afghanistan und Irak sind die USA tief in den Orient vorgedrungen – ihre usbekischen und tadschikischen Vorposten liegen bereits in Zentralasien. Ihre Truppen stehen zur Zeit an Euphrat und Tigris, offensichtlich ohne einen Zeitplan für den Abzug zu haben. Die Einsetzung amerikafreundlicher Satrapien ist zwar in Afghanistan und Irak vordergründig schon geglückt. Doch ringen Israel und die USA mit Europa, den Vereinten Nationen und dem widerspenstigen Arafat, den Sharon lieber heute als morgen in die Wüste schicken will, in Palästina noch darum. Ob die Pazifizierung des Nahen und Mittleren Ostens jemals gelingen wird, ist also noch lange nicht ausgemacht. Trotzdem spricht aus Bushs neokonservativer Sicht nichts dagegen, daß die globale Operation „Unterjochung durch Befreiung“ am Ende erfolgreich sein wird, wenn man – wie z.B. im Fall Nordkorea – unwägbara nukleare Risiken vermeidet. Schließlich hat man durch den Zweiten Weltkrieg auch die starken Gegenkulturen Deutschlands und Japans amerikanisiert. Warum sollte dies mit Hilfe Israels nicht auch gegenüber dem ethnisch und religiös zersplitterten und daher führerlosen Arabien gelingen, das wegen der nicht vollzogenen Trennung von Staat und Kirche im Vergleich zum säkularisierten Westen anscheinend noch so rückständig ist?

Wie es weitergehen wird, weiß zur Zeit offenbar niemand – Syrien und Iran sind vorgewarnt, die Zukunft Saudi Arabiens, aus dem sich die USamerikanischen Truppen zurückziehen, ist ungewiß. Wir haben also eine kleine Atempause gewonnen, um noch einmal zusammenfassend darüber nachzudenken, warum aus den USA, die in der Vergangenheit soviel Wert darauf legten, als Friedensmacht zu erscheinen, eine so kriegerische Macht geworden ist. Auf den jüdischen Einfluß habe ich bereits hingewiesen. Er hätte sich aber nicht so vehement auf die US-amerikanische Globalstrategie ausgewirkt, wenn er nicht mit bestimmten geistigen Prozessen des Landes korrespondieren würde. Sie sind das eigentlich Neue an der gegenwärtigen Situation.

Tatsächlich gibt es in Amerika seit geraumer Zeit eine religiöse Strömung, die als „christlicher Zionismus“ bezeichnet wird. Sie vertritt „eine bestimmte messianische und zunehmend apokalyptische politische Theologie über die ‚Endzeit‘ ... über das über jeden Zweifel erhabene Land Israel und über den strategischen, der göttlichen Vorsehung entsprechenden Zweck des Staates Israel“, wie Robert Hickson in der amerikakritischen Zeitschrift *Zeit-Fragen* ausgeführt hat. Von diesen fundamentalistischen Tendenzen des US-amerikanischen Protestantismus, denen Präsident Bush persönlich nahesteht, hat Israel zweifellos in den letzten Jahren „strategischen Gebrauch“ (Hickson) gemacht.

Darüber hinaus gibt es, wie Hickson herausfand, in Großbritannien die fabianische Bewegung und „britisch-israelische Gruppen, die pro-zionistische Ansichten über die Außenpolitik im Nahen Osten vertreten. Viele dieser Ansichten sind nicht nur säkular, sondern auch sehr theologisch.“ Sie können vielleicht erklären, warum Tony Blair gegen starke Widerstände in seiner Partei und eigene Bedenken letztlich doch Bush in den Krieg gegen den Irak gefolgt ist. Den soeben knapp und daher sicher auch ungenau als fundamentalistisch charakterisierten Bewegungen im britischen, US-amerikanischen und zum Teil wohl auch im deutschen Protestantismus ebenso wie im Zionismus ist nach Hicksons Worten gemeinsam, „daß Gott das Land in Israel für immer (oder zumindest auf ewig) den Juden gegeben hat und daß die Palästinenser nicht wirkliche Menschen sind.“

Wenn es aber so ist, daß mit dem fiebrigen Eifer religiöser Fundamentalisten letztlich Weltpolitik betrieben wird, dann hat Washington kein Recht, vom Islam eine Säkularisierung einzufordern, und dann ging und geht es bei der Frage nach Frieden und Krieg jetzt und in Zukunft nicht nur um Erdöl, Geostrategie und die Erhaltung des Dollars als Leitwährung, sondern vor allem um die Zukunft der Demokratie und um das ihr zugrundeliegende Menschenbild. Es geht um den Widerstreit von Rationalität und Irrationalität im Weltmaßstab. Es geht um Ethik und Moral in der internationalen Politik.

Es sind im Grunde drei Fragen, um die es geht. Erstens: Sind die USA berechtigt oder sogar moralisch verpflichtet, Kriege gegen undemokratische Regimes und völkermörderische Diktaturen zu führen, obwohl eine Mehrheit der in den Vereinten Nationen verfaßten Staatengesellschaft andere Wege zu deren Beseitigung oder wenigstens Mäßigung für richtig hält? Zweitens: Kann diese Frage durch Machtspruch eines US-Präsidenten entschieden werden, ohne die Gefahr heraufzubeschwören, daß sich die Vereinigten Staaten ihrerseits auf undemokratische Art und Weise zum Weltenrichter (*arbiter mundi*) aufschwingen, obwohl sie selbst häufig genug selbst mit sogenannten „Schurkenstaaten“ kooperieren, solange es ihnen als nützlich erscheint? Und drittens: Welche dieser beiden Methoden ist ethischer, um die Zustände auf dieser Erde langfristig im Sinne der allgemeinen Wohlfahrt, des Friedens und der Freiheit zu verbessern? Darüber muß frei und offen diskutiert werden – also nicht unter der Bedingung, daß der größte und mächtigste Gesprächspartner mit dem Gewehr in der Gegend herumfuchtelt und dabei den Finger am Abzug hält.

Darüber hinaus haben wir Deutschen uns folgende Fragen vorzulegen und zu beantworten: Wieviel Wert ist noch die „westliche Wertegemeinschaft“, wenn deren Führungsmacht unsere in den letzten fünfzig Jahren mühsam aufgebauten und fast schon übereifrig hoch gehaltenen Werte so heftig mit Füßen tritt? Können wir das von der sogenannten Vergangenheitsbewältigung und der *political correctness* bis zum Selbsthaß deformierte Bild der deutschen Geschichte noch länger aufrechterhalten, seit Krieg als Mittel der Politik von unserem US-amerikanischen Vorbild wieder legitimiert worden ist? Läßt sich das Gebot der Landesverteidigung und das Verbot von Angriffskriegen, unter denen die Bundeswehr seit ihrer Gründung steht, einfach dadurch aufheben, daß der zuständige Minister verkündet: Die Freiheit der Bundesrepublik Deutschland werde am Hindukusch verteidigt? Kann man die Bundeswehr so umfunktionieren, daß sie für weltweite Interventionen im Rahmen von UNO und NATO zur Verfügung steht, ohne unseren Soldaten gleichzeitig die Mittel an die Hand zu geben, die sie befähigen, solche Einsätze ohne

unzumutbare Opfer an Leben und Gesundheit erfolgreich zu bestehen? Und schließlich: Werden wir auf die Dauer zu weltpolitischen Erfüllungsgehilfen der USA, wenn eine so um- und aufgerüstete Bundeswehr irgendwann einmal zur Verfügung steht, und geraten wir dadurch in einen Widerspruch zu der mutigen Haltung, die eine Bundesregierung erstmals in der Irak-Krise eingenommen hat? Antworten auf diese Fragen sind Beiträge zu einer Debatte über unsere nationale Identität, die hierzulande zögernd und noch reichlich verschämt angelaufen ist.

In den Vereinigten Staaten kann diese Debatte kaum auf Verständnis rechnen. Denn dort herrscht nach Hicksons Diagnose zur Zeit „eine derartige Verwirrung des Geistes vor“, daß „in keinem Fall ... ein echter überlegter allgemeiner Diskurs über irgendeine dieser lebenswichtigen Glaubensfragen oder deren Implikationen für Krieg und Frieden geführt“ wird. Im Gegenteil: Im Schatten des 11. Septembers wurde in Washington ein Heimatschutzministerium gegründet, das an das Ministerium für Staatsicherheit der früheren DDR erinnert, die Bürgerrechte werden abgebaut und im ganzen Land macht sich jenseits der patriotischen Aufwallungen über den irakischen „Sieg“ eine drückende Atmosphäre breit, die das freie Wort zu ersticken droht.

Wie man von jenseits des Atlantiks hört, werden vorwiegend verdächtig wirkende Ausländer festgenommen, wenn sie sich kritisch über Bushs Politik geäußert haben, und die Bibliotheken des Landes sollen vor Nachforschungen der Behörden, wer was gelesen hat, nicht mehr sicher sein. Das heißt: Der externe „Krieg gegen den Terrorismus“ weitet sich mehr und mehr zu einem internen Kampf gegen Freiheit und Demokratie aus, der langfristig die Imagehegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur in den von ihnen unterworfenen Ländern bedroht. Diese Hegemonie über das, was die Menschen denken, sagen und schreiben, haben die USA seit ihrer Gründung alles in allem außerordentlich geschickt und bedachtsam ausgeübt. Weit über den Ersten Weltkrieg hinaus, in dem sie sich mit der Entente lediglich „assoziiert“ (nicht „alliiert“!) hatten, galten sie als eine zumindest auf dem Papier neutrale Macht, die anscheinend nur dann in Kriege eingriff, wenn sie selbst angegriffen wurde, und dann auch nur zu dem anscheinend selbstlosen Zweck, das Gute zu fördern und das Böse zu hemmen oder zu vernichten. Dieses positive Bild hat alles in allem auch den „Dritten Weltkrieg“ überstanden, weil das „Gleichgewicht des Schreckens“ mit der Sowjetunion auch die USA vor dem nuklearen Armageddon zurückhielt.

Seither ist jedoch eine Entwicklung eingetreten, die diese Imagehegemonie bedroht. Nicht nur daß mit dem sowjetischen Kommunismus der weltpolitische Gegner weggefallen ist, vielmehr haben die USA seither wirtschaftlich, technologisch und militärisch gewaltige Fortschritte gemacht. Wie Stephen G. Brooks und William C. Wohlforth in „*Foreign Affairs*“ berichteten, wird ihr Land in diesem Jahr mehr für „Verteidigungszwecke“ ausgeben, als die nächsten 15 bis 20 Staaten zusammengenommen, und Bush hat die Militärausgaben im Zuge des Irak-Krieges sogar noch einmal erhöht. Fazit: „Heutzutage ... haben die Vereinigten Staaten keinen Rivalen, welche ausschlaggebende Dimension der Macht man auch betrachtet. Niemals zuvor hat es ein System souveräner Staaten mit einem einzelnen Staat gegeben, der dieses Ausmaß an Herrschaft besaß. Die seit kurzem zu beobachtende Neigung (Washingtons), Unipolarität mit der Fähigkeit gleichzusetzen, die gewünschten Ergebnisse in allen Bereichen eigenmächtig durchzusetzen, verstärkt nur diesen Punkt.“

Wozu die Fähigkeit der USA führt, „to achieve desired outcomes single-handedly on all issues,“ haben schon vor der Irak-Krise nicht nur die Vereinten Nationen, sondern auch ihre europäischen Verbündeten zu spüren bekommen. Man denke nur an ihren Umgang mit dem Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz und dem internationalen Strafgerichtshof. Für den Fall, daß dieser es jemals wagen sollte, US-amerikanische Politiker oder Militärs zur Rechenschaft zu ziehen, hat Washington sogar deren gewaltsame Befreiung angedroht. Die „uneingeschränkte Solidarität“, die ihnen nicht nur der deutsche Bundeskanzler unmittelbar nach dem 11. September vorschnell geschworen hatte, ist durch den Irak-Krieg zumindest in Europa weitgehend weggebrochen. Natürlich kann und wird es den Vereinigten Staaten immer wieder gelingen, Verbündete zu finden und ad hoc „Koalitionen der Willigen“ zu bilden. Aber die NATO, auf dem die US-amerikanische Macht bisher im atlantisch-europäischen Raum beruhte, ist bereits deutlich angeknackst.

Zunehmend stehen die USA allein auf weiter Flur. Ihre Gefolgschaft besteht zur Zeit im wesentlichen aus einem zwischen Gottesgnadentum und irdischer Brutalität hin- und hergerissenen Israel, dem alten imperialistischen Kampfgefährten Großbritannien, sowie aus einigen EU-Neumitgliedern wie Polen und einem Spanien, das Amerika vor hundert Jahren ironischerweise selbst um den Status einer Weltmacht gebracht hat. Dazu kommen die von Königen und Scheichs regierten Ölstaaten des Persischen Golfs und einige lateinamerikanische Staaten. Für die USA als „einziger Weltmacht“ (Zbigniew Brzezinski) ist das ein bißchen wenig. Und es ist nicht einmal in jedem Fall die allerfeinste Gesellschaft.

Tief symbolisch für die zunehmende Vereinsamung Amerikas an der Spitze der globalen Machtpyramide war eine Szene, die sich nach der Besetzung des Irak in einem der von Saddam Hussein verlassenen Paläste zu Bagdad abgespielt hat. Nach einer Beobachtung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* saßen US-amerikanische Generäle hinter einem prunkvollen Tisch wie einst die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte 1918 in Versailles, doch sie saßen dort allein. Denn im Gegensatz zum Spiegelsaal des Schlosses, in dem die deutschen Delegierten vom hohen Tisch der Sieger die Friedensbedingungen wenigstens noch in Empfang nehmen, wenn auch nicht mehr über sie verhandeln durften, waren diesmal weder die US-amerikanischen Alliierten noch die besiegten Irakis mit von der Partie. Die US-amerikanischen Generäle blieben vollkommen unter sich. Ebenso wie sie den Krieg ohne eine formelle Kriegserklärung begonnen hatten – das von Bush gesetzte Ultimatum lief einfach aus – haben sie den Krieg ohne formellen Waffenstillstand oder gar Friedensschluß beendet, und die Weltöffentlichkeit wird die irakische Führung frühestens dann wiedersehen, wenn sie – mit oder ohne Saddam Hussein – vor einem „Nürnberg des Nahens Ostens“ stehen wird.

Durch seinen „israelischen Krieg“ (Friedrich Romig) hat Bush nicht nur den Vereinten Nationen und dem bisherigen Völkerrecht einen kräftigen Stoß versetzt, er hat auch die Europäische Union als weltpolitischen *partner in leadership* auf absehbare Zeit außer Gefecht gesetzt, möglicherweise - wie einst die Entthronung Großbritanniens zu Zeiten Roosevelts – ein beabsichtigter Nebenzweck der ganzen Operation. Anstatt sich darum zu kümmern, wie sie die Vertiefung ihrer Integration mit der Erweiterung ihrer Organisation in Einklang bringen können, schon für sich genommen eine Jahrhundertaufgabe, werden die Europäer auf Jahre hinaus damit beschäftigt sein, ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufeinander abzustimmen und aus der neuen globalen Aggressivität der USA die nötigen

sicherheitspolitischen Konsequenzen zu ziehen - zunächst vielleicht noch mit, in irgendeiner ferneren Zukunft aber vielleicht auch einmal gegen Amerika.

Solange sie Erfolg hat, wird Bush seine Methode, schwächere Länder mit Krieg zu überziehen, wenn er anders nicht zum Ziel kommt, weiter anwenden. Aber so heftige Kraftproben zwischen den führenden Mächten wie zuletzt um den Irak dürfen sich nicht allzu oft wiederholen. Sonst wird das Ansehen der USA in der Welt noch mehr leiden als es jetzt schon gelitten hat, und am Ende wird dieses große und schöne, aber im Grunde auch furchtbar naive und in selbst erlittenem Leid noch wenig erfahrene Land seine globale Imagehegemonie verlieren, sein vielleicht wichtigstes Gut. Dann wird es der Welt ebenso erscheinen wie alle anderen Mächte der Geschichte, die sich nicht beizeiten gemäßigt haben – als tyrannisches Imperium, das nur noch Haß, Verachtung und Widerstand statt Zuneigung, Respekt und Unterstützung verdient.

Werden die Amerikaner zulassen, daß es dahin kommt? Wenn nicht, werden sie selbst eines Tages diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die für den Kurs der USA verantwortlich sind, und das wird für uns Deutsche auch ein Tag der Befreiung von unvollständigen, verzerrten und zum Teil sogar falschen Geschichtsbildern sein. In diesem hoffentlich schon bald eintretenden Fall werden die Bedenken, die Otmar von Arentin und Andreas Hillgruber vor einem Vierteljahrhundert gegen meinen Vortrag erhoben, ausgedient haben, und die Macht, die das US-amerikanische Über-Ich jetzt noch über viele von uns hat, wird dann endgültig gebrochen sein.

Der Historiker und Publizist Dr. Dirk Bavendamm, Jahrgang 1938, wandte sich nach vielen Jahren im aktuellen Journalismus, die er u.a. bei der „Zeit“ und „Süddeutschen Zeitung“ verbrachte, der Zeitgeschichte zu. Von ihm stammen u.a. die Bücher über „Roosevelts Weg zum Krieg. Amerikanische Politik 1914 bis 1939“ (leider vergriffen) und „Roosevelts Krieg. Amerikanische Politik und Strategie 1937 bis 1945“ (3. verbilligte Auflage 2002). Beide Werke haben eine neue zeitgeschichtliche Denkschule begründet. Sie weisen nämlich überzeugend nach, daß Franklin Delano Roosevelt der Schöpfer des Konzepts „Weltfrieden durch Weltkrieg“ und damit der Lehrmeister aller folgenden US-Präsidenten bis hin zu George W. Bush gewesen ist.